

Sperrfrist: 1. Dezember 2007 !

**Tischrede des Vorsitzenden der Emdener Kaufmannschaft Dr. Claas Brons anlässlich
des Kaufmannsmahls am 30. November 2007**

(Es gilt das gesprochene Wort)

Der China/Taiwan- und der Nahost-Konflikt mit einer von Syrien und dem Iran unterstützten HAMAS im Gazastreifen schwelen gefährlich weiter. Eine atomare Bedrohung ihres Territoriums aus dem Iran wird Israel, gedeckt von den USA, nicht hinnehmen. Auf der anderen Seite steht der Iran, der durch ein durch Energievorkommen erstarktes Russland gestützt wird: Noch hat die Diplomatie eine Chance.

Es gibt aber auch frohe Botschaften. Dazu gehören der Friedensschluss in Nordirland, erste Überlegungen Israels, Teile Jerusalems den Palästinensern zu überlassen und erste überfällige Pläne Amerikas, Guantamo zu schließen.

Der islamische Terrorismus fordert die Staatsmacht heraus; sie muß überzeugen, wenn sie Grundrechte einschränken will. Dabei ist einzugestehen, dass die Extremfigur des Selbstmordattentäters bisherige Koordinaten durcheinander wirbelt. Diesem ist der eigene Tod kein Übel mit der Folge, dass eine Drohung mit nachträglicher Sanktion völlig verpufft. Damit verschiebt sich die Bekämpfung zur verborgenen, geheimen Prävention. Dass es insoweit keinen Freibrief geben darf, hat diese Landesregierung bereits durch Entscheidungen des Staatsgerichtshofes und vor allem des BVerfG zur im Polizeigesetz vorgesehenen präventiven Telefonüberwachung erfahren.

Die EU hat mit dem Grundlagenvertrag von Lissabon einen überfälligen Schritt getan. Es gibt Mehrheitsentscheidungen, einen Quasi – Außenminister und mehr Einfluss des EU Parlaments. Mit der „Blue Card“ Initiative legt die Kommission nach. Angesichts der in vielen Bereichen enorm gestiegenen Erzeugerpreise in der Landwirtschaft müssen nun die EU Agrarsubventionen (bis 50 Mrd. €) durchforstet werden.

Was bringt uns Bürgern die EU? Freizügigkeit und einen Wettbewerb nicht nur zwischen Unternehmen, sondern Wettbewerb auch zwischen

27 Ländern mit verschiedenen Sozial- und Steuergesetzen um die beste Politik mit dem Ziel, Arbeitsplätze und Wohlstand sicherndes Wachstum im jeweiligen Land zu gewährleisten. Insofern hat der „Club of competitors“ - etwa mit der 19 %igen flat tax der Slowakei - auch bei uns dazu beigetragen, verkrustete Strukturen aufzubrechen. Zu den Gewinnern der Globalisierung, gehören wir alle als Konsumenten, die wir aus einem reichhaltigen Angebot an Gütern und Dienstleistungen zu wesentlich niedrigeren Preisen als ohne Globalisierung auswählen können. Alle stehen unter ständigem Wettbewerbs- und Anpassungsdruck, der Fehlentwicklungen schonungslos offenlegt. Dabei gibt es nicht nur Gewinner, sondern auch Verlierer - etwa gering qualifizierte Arbeitnehmer, soweit ihre Arbeiten sehr viel kostengünstiger in einem Niedriglohnland wie China und Indien mit Tageslöhnen von 5 \$ verrichtet werden können und solche Arbeitsplätze, die durch arbeitssparenden technischen Fortschritt ersetzt werden. Diesem Personenkreis muss unsere Zuwendung gehören - durch eine perspektiveschaffende Aus- und Weiterbildung sowie Qualifizierung und nur hilfsweise durch Transferzahlungen, die für die Betroffenen und unsere gesamte Gesellschaft letztlich keine Perspektive eröffnet.

In Deutschland hat sich die seinerzeit regierende SPD unter Gerhard Schröder dem mit den Hartz-Reformen und der Agenda-Politik gestellt. Deutschland wurde geführt, Disziplin eingefordert. Offenbar ist nun nicht mehr das Bessere, sondern vor allem das Populäre des Guten Feind, um es in Anlehnung an die Worte des Altkanzlers auf dem SPD Parteitag zu sagen. Wir werden sub-optimal und letztlich gegen den Eid auf unsere Verfassung regiert, wenn partei- oder wahl-taktische Überlegungen das Regierungshandeln bestimmen. Von unseren Spitzenpolitikern und denen, die uns regieren wollen, dürfen wir erwarten, dass sie Führungsverantwortung für Deutschland als Ganzes empfinden und danach handeln.

Im September lag die Arbeitslosigkeit mit 8,4 % auf dem niedrigsten Stand seit 1993 und die Zahl der Erwerbstätigen übersprang im Oktober erstmals die 40 Millionen Marke. Im September lag die Erwerbslosenzahl mit – 694.400 deutlich unter dem Vorjahreswert und um ca. 1,1 Millionen unter dem Wert des Jahres 2005. Im Bereich der Emden Agentur für Arbeit sank die Arbeitslosenquote im Oktober auf 9,5 % -

ein Rückgang von 18 % gegenüber dem Vorjahr. Laut Sachverständigenrat wird sich die Wachstumsrate von 2,6 % in 2008 auf nur noch 1,9 % abschwächen, sofern die gegenwärtige Kreditverknappung die Finanzierung von Investitionen nicht zu sehr erschwert. Unter dieser Prämisse soll die Arbeitslosenzahl dann im Jahresschnitt 2008 noch einmal um 300.000 auf dann noch immer stolze gut 3,4 Millionen zurückgehen. Möge nach Vorlage testierter Jahresabschlüsse, das fortgesetzte, nicht unbegründete Misstrauen der Banken untereinander - ausgelöst durch die sub prime Krise und nun die der covered bonds – überwunden werden und Banken sich nicht wieder in internationalen Risiken verirren, die sie von Deutschland aus kaum zuverlässig beurteilen können.

Die konjunkturelle Trendwende im Jahr 2003 ist zum einen mit einer negativen Netto-Lohn-Entwicklung erkaufte worden; lagen die Arbeitnehmerlöhne im letzten Jahr bei € 15.845, so lagen sie preisbereinigt im Jahre 1992 noch bei € 17.251. Entscheidend für die Trendwende war vor allem die Weltkonjunktur, aber eben auch wirtschaftspolitische Maßnahmen, die im Kern zu erhalten sind.

Unverkennbar ist, dass sich nun am Konjunkturhimmel dunkle Wolken bilden: Der hohe Rohölpreis von fast 100 \$, der € auf Rekordhoch zum \$ verbunden mit einem Rückgang deutscher Exporte in Nicht-€-Länder, die jüngsten Sorgen von Airbus und die letzten Steuerschätzungen ohne erneute Hurrarufe der Finanzminister sind nicht zu übersehende Signale. (21.11.07 = 1,4856)

Deutschland muß auf Kurs gehalten werden und hoffentlich haben die Parteien der Großen Koalition die Kraft dazu.

Der Bundeshaushalt befindet sich nach wie vor in eklatanter Schiefelage. Die Flut neuer Steuereinnahmen auch auf Grund guter Konjunktur haben die Schiefelage nur überlagert. Wenn der Bundeshaushalt 2008 statt um 2,5 nun sogar um 4,7 % steigen soll ist deutlich, dass es an Energie beim Subventionsabbau fehlt. Einigermaßen überraschend wird nun noch ein 400 Mio € Fond zum Erhalt wichtiger Kulturgüter aufgelegt und zusätzliche Investitionen in ähnlicher Größenordnung fließen ins Straßen- und Schienennetz; insgesamt bleiben die Investitionen des Bundes aber mehr als 6 % unter denen des laufenden Jahres. Wenn der Bund knapp das Vierfache seiner Jahreseinnahmen

als Schulden vor sich herschiebt und kaufmännisch gesprochen nicht einmal die Afa bedient, sondern nur Zinsen von 43,8 Mrd. € in 2008 begleicht, ist das eine Last für die junge Generation und es verwundert schon, dass die sich eine solche Last auf ihre Schultern laden lässt ohne ernsthaft aufzumucken. Vielleicht brauchten wir einen Bundes-Jugendbeauftragten, der die Interessen dieser politisch nicht schlagkräftig organisierten Jugend im Interesse unserer Zukunft einfordert.

Wir begrüßen

- die Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung auf jetzt allerdings reichlich knapp bemessene 3,3 %,
- die Pflegereform mit Verbesserungen unter anderem für Demenzerkrankte,

erwarten, dass

- die Föderalismuskommission verbindliche Schuldengrenzen für Bund- und Länderhaushalte durchsetzt,

hoffen auf ein konzertiertes Handeln der Weltgemeinschaft in Sachen Klimapolitik

und freuen uns, dass Deutschland in 2007 mit knapp 1.000 Mrd € wieder Export-Weltmeister wird, bis China uns spätestens 2009 ablöst.

Sorge bereitet das deutsche Tarifsysteem. Wird das Prinzip der Tarifeinheit nach „Erfolgen“ von Cockpit und Marburger Bund unter Führung der GDL aufgegeben, könnte das Arbeits- und Wirtschaftssystem irreparabel beschädigt und das Verfassungsgut Tarifautonomie selbst gefährdet werden. Gewerkschaften untereinander müssen zu einem abgestimmten Verhalten finden und wenn Richterrecht nicht weiter hilft, muß notfalls die Politik die Tarifeinheit vorgeben, ohne in die Tarifautonomie an sich einzugreifen.

Mir erschließt sich nicht, was gegen moderate Mindestlöhne, wie vom Wirtschaftsweisen Bernd Rürup angeregt, spricht. Natürlich darf ein Mindestlohn nicht dazu missbraucht werden, verkrustete Strukturen zu zementieren oder etwa – im Zustellbereich – die durch die Mehrwertsteuerbefreiung ohnehin subventionierte Wettbewerbsposition der Post abzusichern. Wer aber Briefe oder sonstige Sendungen verschickt oder wer den Friseur besucht – Leistung die im Inland erbracht werden müssen - sollte solche Preise zahlen, die einen Mindestlohn zu-

lassen. Wenn dem Globalisierungsdruck ausgesetzte Tätigkeiten oder solche, die sonst gar nicht erledigt würden, mit Kombilohnmodellen aufgestockt werden, ist das ordnungspolitisch nicht zu beanstanden – nur: Kombilöhne dürfen nicht zur Subventionierung von Arbeitgebern und zu einer Konkurrenz zu regulären Arbeitsplätzen auf dem ersten Arbeitsmarkt führen. Das zu gestalten ist eine Gradwanderung.

Im Mai wurde die Unternehmensteuerreform im Bundestag verabschiedet. Wenn es gelingt, Wertschöpfung in Deutschland zu besteuern und Gewinne nicht länger legal, aber willkürlich ins Ausland zu transferieren, ist viel gewonnen. Vergessen wir aber nicht, dass sich die Reform zu 80 % selbst finanzieren soll. Die Entlastung von 5 Mrd. € ist kein Geschenk an Unternehmen, sondern eine Antwort auf den Wettbewerb mit anderen Ländern, um Arbeit in Deutschland zu halten. Die Reform benachteiligt Personengesellschaften, bei denen aus Unternehmertätigkeit bis zu 48 % Einkommensteuer fällig werden, ein Satz, der sich mit dem Abgeltungssatz von 25 % auf risikolose Zins-einkünfte nicht verträgt.

Fatal ist die neue Hinzurechnung von Zinsen und anteiligen Miet- und Leasingkosten bei der Gewerbeertragsermittlung. Die Gewerbesteuer führt so zu einer nicht akzeptablen, manches Eigenkapital – schwache oder strukturell fremdkapital-intensive Unternehmen zu einer es im Kern gefährdenden Substanzbesteuerung. Die Bedeutung des kommunalen Hebesatzes steigt und ein Steuerwettbewerb unter den Kommunen wird eingeläutet. Bei genauerem Hinsehen ist wohl auch die Besteuerung von Funktionsverlagerungen nicht ausreichend durchdacht. Deutsche Unternehmen werden so an Investitionen im Ausland und ausländische Unternehmen an Forschungstätigkeit in Deutschland gehindert.

Die jetzt im Kabinett beschlossene Erbschaftsteuer-Reform bleibt hinter den Ankündigungen im Koalitionsvertrag zurück. Das sozialpolitisch gut Gemeinte darf das wirtschaftspolitisch Vernünftige nicht dominieren. Richtig wäre ein Verzicht auf diese aufwändig zu erhebende Substanzsteuer – jedenfalls dann, wenn es sich um produktives Betriebsvermögen handelt. Man stelle sich nur einmal vor, die Stadt Emden müsste alle 25 Jahre – wie bei einem üblichen Generationenübergang – auf ihre Beteiligungen an der Gewoba, den Stadtwerken

und der Sparkasse Erbschaftsteuer zahlen; was wäre dann in Emden von den Stadtwerken, der Gewoba oder der Sparkasse noch übrig?

In Niedersachsen wird am 27. Januar nächsten Jahres gewählt. Zwar wurde die Neuverschuldung 2007 auf 550 Millionen gesenkt, aber es wurde eben auch der ursprünglich vorgesehene Konsolidierungskurs zum Abbau des strukturellen Defizits verlassen. Auf die Streichung von 400 Lehrerstellen wurde verzichtet, es wurden mehr Mittel für Straßen- und Radwegebau zur Verfügung gestellt, Sportstätten werden zusätzlich saniert und die Polizei bekam mehr Geld. Das Kindergartenjahr vor der Einschulung wird beitragsfrei und man leistet sich einen Einstieg bei EADS. Das Wahlvolk mag applaudieren, aber zusätzliche Investitionen - mit Ausnahme von langfristigen Investitionen in Bildung – gehören in konjunkturelle Abschwungphasen.

Wir freuen uns

- über den neuen Zuschnitt der Polizeidirektion mit der Folge, dass Wittmund ab April 2008 wieder zu Ostfriesland gehört, begrüßen ausdrücklich, dass
- die Landesregierung das Integrationspotential von Turn- und Sportvereinen in Bezug auf ausländische Mitbürger heben will, fragen uns,
- was gegen ein bundesweit einheitliches Mathe-Abitur spricht
- wer für die Vergabe des 1. Bauauftrages für den Jade-Weser Port in Wilhelmshaven die Verantwortung übernimmt und hoffen, dass
- unsere Fachhochschule ihren „schlimmen Ruf“ beim Land (so Präsidentin) abschütteln kann, eine vertrauensvolle Zusammenarbeit innerhalb der Hochschule gelingt und ein neuer, gut zu Emden passender Studiengang „Energie“ entsteht.

Das VW Werk in Emden bleibt Motor unserer Stadt. Werksleiter Fiebig ist es in Kooperation mit der Belegschaft im letzten Jahr gelungen, neben dem Passat den Zuschlag für weitere Modelle zu erhalten.

Längere Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich und ein Ende der Viertagewoche gehörten zu den beachtlichen Vorleistungen der Belegschaft.

Vor wenigen Wochen forderte der Emdener Personalchef weitere Verbesserungen, „damit der Konzern wieder Anschluss an die Konkurrenz finde“: Eine Aussage, die aufhorchen lässt.

Im Oktober hat der EuGH das VW-Gesetz gekippt. Rechtzeitig vorher hatte sich Porsche ein Aktienpaket von über 30 % zusammengekauft. Mit den gut 20 % Niedersachsens gibt es eine Mehrheit, die hier beruhigt. Mit Porsche dürfte Innovation gesichert sein, aber auch eine strikte Fokussierung auf Wettbewerb, Effizienz und Kosten – und das sind eben auch Arbeitskosten.

Unübersehbare Probleme hat die Ostfriesische Landschaft, die sich nun spektakulär von ihrem Direktor trennte. Wo will die altwürdige Landschaftsversammlung hin und wie will sich die Landschaft langfristig finanzieren? Reicht ostfriesische Kulturpolitik aus? Dass es andere zukunftsgerichtete Aufgabenfelder auf politischer Ebene Ostfrieslands gibt, unterstreicht das Wirtschaftsbündnis „Ems Achse“, das sich mit Recht gegen Begehrlichkeiten sogenannter Metropolregionen wie den ländlichen Kreis Rotenburg/Wümme stemmt und nun beispielhaft in das Landesraumordnungsprogramm aufgenommen wird.

Wir freuen uns, dass

- eine Zerschlagung der Firma Bohlen & Doyen verhindert wurde,
- die IHK mit einem Plus von 8,7 % die höchste Zahl von abgeschlossenen Ausbildungsverträgen melden konnte: 33 bei den Nordseewerken, 120 bei der Meyer-Werft und dagegen knappen 88 bei VW und hoffen, dass bei den unvermeidlichen Verklappungen von Baggergut aus der Ems eine Regelung gelingt, die möglichst vielen Fischern aus Ditzum und Greetsiel hier eine Lebensgrundlage erhält.

Im Emdener Hafen läuft zur Zeit viel rund.

- Erstmals wird im Autoumschlag die Millionen Stückmarke geknackt,
- Forstprodukte legen weiter zu und Anker plant eine weitere Halle,
- Windenergieanlagen werden in 2007 mehr als doppelt so viele wie im Vorjahr umgeschlagen,
- die Enercon Turmfabrik hat gut zu tun,

- BARD denkt an den Bau einer 3. Halle und will nach der Genehmigung des Windparks BARD off shore in 2010 die ersten off shore Anlagen in Betrieb nehmen,
- die Firma Protec hat in eine Anlage zur Produktion von Biodiesel investiert, die wegen zu hoher Rohstoffkosten aber noch nicht angefahren wird und
- die Nesserlander Schleuse wird ab 2008 zukunftsgerichtet grundsaniert; die Durststrecke bis 2010 ist allerdings lang.

Wir bedauern die Entlassungen bei TDS und den Verlust der Nissan Importe und hoffen, dass die Investitionen in das maritime Zentrum in Leer dem eklatanten Personalmangel in der Seeschifffahrt entgegen wirkt.

Wir müssen ständig an der Entwicklung unseres Hafens arbeiten: Wer stehen bleibt, bleibt zurück. Dazu gehört auch, die Ergebnisse abzuarbeiten, die sich aus dem für Dezember angekündigten Sturmflutgutachtens zum Emssperrwerk ergeben. Der durch die Globalisierung getriebene Warenaustausch wird weiter zunehmen und weil das so ist, brauchen wir den durchgängigen Ausbau der Nordstrecke des Dortmund Ems Kanals für Großmotorgüterschiffe, der nun vorgezogen wird und vor allem die Außenemsvertiefung, die nun bezogen auf 1 m auf gutem Wege ist. Weshalb eine Vertiefung eine Zeitspanne bis ins Jahr 2012 erfordern soll, ist nur schwer nachzuvollziehen.

Vorangetrieben werden müssen die Planungen für einen weiteren Emsterminal im Anschluss an Emskai und Emspier für weitere Kfz-Umschlagsaktivitäten und ein Kohlekraftwerk in Richtung Knock. Nicht verbauen sollte man sich die Option eines Hafenbeckens im rückwärtigen Bereich des Wybelsumer Polders.

Vorstellungen zum Ausbau des Ems-Jade-Kanals sind illusorisch.

Aufpassen müssen Bund, Land und die Hafenstädte Papenburg, Leer und Emden, dass die Erreichbarkeit der Emshäfen durch den im holländischen Eemshaven geplanten NLG Terminal nicht beschnitten wird. Begegnungsverbote bedeuten eine nicht hinnehmbare Beeinträchtigung aller deutschen Emshäfen.

Wir freuen uns, dass alle Werften an der Ems gut zu tun haben.

- Das gilt für Ferus Smit und die neue Nesse-Werft in Leer,
- Cassens ist mit dem Bau von Mehrzweckfrachtern bis 2011 ausgelastet,
- die Nordseewerke arbeiten Marineaufträge, zwei Doppelrumpfschiffe und Containerschiffe von 2700 und 3400 TEU ab. Der Neubau der neuen U-Boot Halle macht deutlich, wo die NSW ein neues Betätigungsfeld sehen: Doppelrumpfschiffe und off shore patrol vessels,
- und die Meyerwerft hat Kreuzfahrtschiffe in ihrem Auftragsbüchern, die eine Beschäftigung bis ins Jahr 2011 sichern.

Unsere Stadt Emden wird das laufende Haushaltsjahr vor allem durch höhere Einnahmen mit einem Plus von annähernd 500.000 € abschließen, in 2008 das vorgetragene Defizit aus den Vorjahren ausgleichen und ab 2009 den aufgelaufenen Rekordschuldenstand von annähernd 100 Mio € abzubauen beginnen.

In Emden entwickelt sich vieles positiv:

- der Frisia Park,
- die gelungene Umgestaltung des alten Binnenhafens,
- der Erweiterungsbau der Kunsthalle,
- das stadtnahe Bauprojekt „Neuer Delft“,
- die Einrichtung einer Emder Tafel,
- Versuchsanlagen von Enercon und Bard an der Knock,
- die im Dezember beginnende Erneuerung der Autobahn zwischen Emden und Riepe mit Anlage einer Standspur,
- die Hafenanbindung über die Umgehung „Friesland“ ab 2009
- und weitere Investitionen von VW in den Standort Emden.

Der Wettbewerb im Energiebereich funktioniert nicht. 77 % der Stromerzeugungskapazitäten liegen in der Hand der 4 großen Anbieter (EON, EnBW, RWE, Vattenfall), die zudem noch an etwa der Hälfte der Stadtwerke und Regionalversorger beteiligt sind. Bundeskartellamt und EU haben bei Razzien Daten beschlagnahmt, die Absprachen belegen und die Strombörse in Leipzig ermöglicht kostentreibende Manipulationen zu Lasten der Verbraucher. Sollte man zeitweise nur neuen Wettbewerbern den Bau neuer Kraftwerke gestatten ?

Auch lokal funktioniert der Wettbewerb nicht. Man darf es als „legitim“ bezeichnen, wenn unsere SWE das Parkhaus mit € 300.000 und dem ÖPNV mit € 700.000 aus unseren Zahlungen quer subventionieren und so willkürlich Steuern verkürzen; ordnungspolitisch hinzunehmen ist das nicht. Nach der Entscheidung der Bundesnetzagentur müssen die Entgelte für die Nutzung der Transportnetze bei den Emdener Stadtwerken um € 640.000 gesenkt werden - ein Betrag über den die Verantwortlichen „glücklich“ sind. Tatsächlich ist uns Kunden über Jahre zu viel Geld aus der Tasche gezogen worden. Dieser Ausfall muss nun durch Preiserhöhungen bei Strom wieder „erwirtschaftet“ werden. Man muß kein Hellseher sein um vorherzusagen, dass derartige Strukturen auf Dauer keinen Bestand werden haben können. Bei der anderen Tochter der Stadt, der Sparkasse lässt der Wettbewerb derartiges nicht zu - und das ist gut so. Wir erwarten deshalb von der Bundesregierung, dass sie gemeinsam mit der EU endlich Wettbewerb unter Energieanbietern erzwingt.

Natürlich gibt es auch in Emden auch weiter viel zu tun:

- viele Straßen müssen dringend saniert werden,
- den Museumsschiffen im Binnenhafen muss geholfen werden,
- die Kunsthalle und das Landesmuseum brauchen Geld.
- Wenn in zentraler Lage, der „Waage“, nur eine Pommes Bude und ein 1 € Shop einziehen, wird man resümieren dürfen, dass weit gehende Zugeständnisse an Einzelhandelsmärkte auf der grünen Wiese der Innenstadt geschadet haben.
- Projekte wie die Außenemsvertiefung, ein neuer Ems-Terminal, die Wiederherstellung der Architektur der Neuen Kirche und vielleicht auch die vorsichtige Begleitung eines Stadionbaus sind Herausforderungen für die Zukunft für uns Emdener und für einen von Deutschlands besten Bürgermeistern zu denen laut „Die Welt“ unserer gehört.